

Die „Weltanschauung“  
erschließt täglich nachmittags außer  
Gewöhnung und ist durch die  
Cephalon, Neue Gruppenstr. 5/6,  
hinter die Post und  
durch Colporteurs zu beziehen.  
Preis vierteljährlich M. 2.50,  
pro Woche 20 Pf.  
Verlagsanstalt Nr. 7647

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.  
Organ für die werkbätige Bevölkerung.  
Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Das Organ enthält  
Berichte über die wichtigsten  
Ereignisse der Woche und  
Bericht über die  
10 Pfennige.  
Inserate für die nächste Nummer  
müssen bis zum 1. Februar in der  
Verlagsanstalt abgegeben werden.

Nr. 30.

Donnerabend, den 5. Februar 1898.

9. Jahrgang.

## Politische Uebersicht.

### Billiges Brot

Ist den Agrariern ebenso verhasst, wie es den Arbeitern zur Erhaltung einer halbwegs erträglichen Existenz nothwendig ist. Die durch die Handelsverträge bewirkte Herabsetzung der Getreidepreise hat denn auch die wüthendste Gegnerschaft des Agrariertums gefunden und der unausgesetzte Ansturm dieser einflussreichen Staatsstütze scheint in der That einen vollen Erfolg zu zeitigen — die Regierung wird die im Jahre 1903 ablaufenden Handelsverträge derart zu ändern suchen, daß dieselben den Ansprüchen des begehrlichen Junkerthums volles Genüge leisten.

Bisher hätte es die Regierung noch vermieden, ihre Absichten zu offenbaren. Zwar hat man aus den bisherigen Verhandlungen zum Abschluß neuer Handelsverträge schon hinreichend vermuthen können, daß hochschützöllnerische Bahnen eingeschlagen werden sollen. Die Sympathieerklärungen des Centralverbandes deutscher Industrieller, in dem in erster Linie die Kohlen-, Eisen- und Textilindustrie vereinigt sind, an die Agrarier um die Mitte vorigen Jahres, die Ankündigung des Grafen Posadowsky im Reichstage, es solle ein neuer autonomer Zolltarif für das Reich geschaffen werden, die Zusammenziehung des inzwischen functionirenden wirtschaftlichen Ausschusses mußten die lebhaftesten Befürchtungen für die Fortsetzung der Caprivischen Handelsvertragspolitik hervorrufen. Aber allen Befürchtungen gegenüber wurde in der officiösen Presse darauf hingewiesen, daß die Tendenz der jetzigen Handelspolitik in keiner Weise durch die Vorbereitungen zu den neuen Handelsverträgen verändert werde. Und trotz aller Bedenken konnte man von der Regierung auch nicht annehmen, daß sie die Bahnen einer Politik verlasse, mit der der Kaiser selbst wiederholt sich solidarisch erklärt hat. Denn sollte es schon vergessen sein, mit welchen Worten Wilhelm II. das Zustandekommen des österreichischen Handelsvertrages und damit die Eröffnung der Caprivischen Handelsvertragspolitik feierte? So sei denn die Erinnerung daran wieder aufgeschicht. Wilhelm II. besand sich am Abend des Tages, da im Reichstag der Handelsvertrag mit Oesterreich angenommen wurde, bei einem Festmahl anlässlich der Einweihung des Gebäudes des Kreises Teltow. Auf die Nachricht von der Annahme des Vertrages erhob sich der Kaiser sofort und feierte das eben vollzogene Ereignis und den Schöpfer des Werkes Caprivi in einer Rede, in der es heißt:

„Es ist selbstverständlich, daß einzelne Interessen Opfer bringen müssen, damit das Wohl des Ganzen vorwärts gebracht werde. Ich glaube, daß die That, die durch Einleitung und Abschluß der Handelsverträge für alle Mit- und Nachwelt als eines der bedeutendsten geschäftlichen Ereignisse der letzten Jahre, geradezu eine rettende zu nennen ist. Trotz Bedenken und Schwierigkeiten, die dem Reichstagler und meinen Räten von verschiedener Seite gemacht worden sind, ist es uns gelungen, das Vaterland in diese neuen Bahnen einzuführen. Ich bin überzeugt, nicht nur unser Vaterland, sondern Millionen von Untertanen der anderen Länder, die mit uns bei dem großen Zollverband stehen, werden bereinigt diesen Tag erleben.“

Hätte man es für möglich halten sollen, daß schon nach sieben Jahren die 1891 eingeschlagenen Bahnen von der Regierung selbst wieder aufgegeben sind? Nein, wir sind zwar heute zu Tage in der Politik an fortwährende Schwankungen gewöhnt, man spricht im Volke von einem Zick-Zack- und Wackelkurs, aber trotz alledem konnte man sich nicht

dessen versehen, daß die mühsam und nach langwierigen, schwierigsten Verhandlungen mit den anderen Ländern zu Stande gebrachten Handelsverträge nach wenigen Jahren schon von der nämlichen Regierung preisgegeben würden.

Daß mit einer dahingelenden Absicht nun aber in der That die preussische Staatsregierung allen Ernstes umgeht, das ist durch die Aufsehen erregende Erklärung des Landwirtschaftsministers im preussischen Abgeordnetenhaus über jeden Zweifel erhaben. Der Minister erklärte auf eine Anfrage des konservativen Führers Grafen Limburg-Stürum: „Die Regierung ist gewillt, bei der Entscheidung der Frage, ob und wie dem Auslande gegenüber unsere Handels- und wirtschaftlichen Beziehungen zu ordnen sein mögen, die Frage in sorgsame Erwägung zu ziehen, wie die Interessen der Landwirtschaft besser gewahrt werden können und müssen, als es bisher der Fall gewesen ist.“ Dieser Erklärung folgte der lebhafteste Beifall auf der rechten Seite des Hauses. Und wir können wenigstens mit Genugthuung die Ehrlichkeit des preussischen Landwirtschaftsministers anerkennen, der in einer für unsere wirtschaftliche Existenz grundsätzlichen Frage noch vor den Wahlen volle Klarheit geschaffen hat.

Denn was bedeutet die Absicht der Regierung, als die Zölle auf Getreide weiter zu erhöhen? Dies und nichts Anderes kann und soll die Erklärung des Ministers bejagen. Sie bedeutet eine Verzichtsleistung auf den Abschluß von Handelsverträgen mit jenen Ländern, die Getreide exportiren müssen, also in erster Linie mit Oesterreich-Ungarn, Rußland, den Vereinigten Staaten. Es ist ausgeschlossen, daß jene Länder einen Zollboycott ihres Getreides durch Deutschland zulassen werden, ohne auch ihrerseits unsere industrielle Ausfuhr zu erschweren. Die Folge dieses Gegenzuges führt zum Abbruch jeglicher Handelsvertragsverhandlungen, bei denen wir jenen Ländern gegenüber die Getreidezölle höher schrauben wollen. Die weitere Folge aber ist der Zollkrieg und mit ihm kommt die Beunruhigung unseres gesammten Erwerbslebens, der Rückgang des Exportes, Geschäftsverlust und Krise, Mangel an Arbeitsgelegenheit, Productionseinschränkung in den betroffenen Industriezweigen, vermindertes Arbeitsverdienst, Arbeitslosigkeit, — Noth und Elend für die Arbeiterklasse.

Aber das ist nur eine Seite, nach der sich erhöhte Getreidezölle äußern. Noch viel bedenklicher ist die dadurch bedingte abermalige Vertheuerung des wichtigsten Lebensmittels, des Brotes. Der Zoll, der heute 3 Mark 50 Pf. beträgt, soll auf 5 Mark erhöht werden. Die durch den Zoll eintretende Vertheuerung des Getreides wird damit um reichlich ein Drittel gesteigert. Zwei Fliegen sollen zugleich auf Kosten des Volkes geschlagen werden. Durch die Erhöhung der Zolleinnahmen gewinnt die Regierung erhöhte Einnahmen und vermag die Kosten für ihre weltpolitischen Manöver ohne andere neue Steuern zu decken. Außerdem aber werden den Agrariern abermals Millionen in den Schooß geworfen, es wird ihnen auf Kosten des Staates eine ungewöhnlich hohe Grundrente garantiert.

Die arbeitende Bevölkerung aber, hat im Falle des Getreidezögen in doppelter Weise unter den Folgen erhöhter Getreidezölle zu leiden: erstens erhöhen sich die Kosten seiner Lebenshaltung durch die Vertheuerung des Brotes, zweitens nimmt zu gleicher Zeit in Folge des Abbruchs dauernder Handelsbeziehungen die Arbeitsgelegenheit, der Arbeitsverdienst ab. Diese Aussicht eröffnet sich der deutschen Arbeiterklasse

für das 20. Jahrhundert. 1903 laufen die heutigen Verträge ab, 1904 beginnt die neue Aera. In nicht mehr langer Zeit: mit den nächsten Reichstagswahlen muß die Entscheidung fallen, ob das Hochschützöllnerthum in Deutschland die Bahnen neuer ruhiger wirtschaftlicher Entwicklung führen darf und kann oder nicht! Dem deutschen Volke ist die Entscheidung vorbehalten. Möchte die Arbeiterklasse ihre Kräfte verdoppelt aufbieten, um durch die Wahlen das drohende Unheil aufzuhalten!

### Zum Einfuhrverbot für amerikanisches Obst

schreibt der „Reichsanzeiger“ nunmehr officiell: Die Veröffentlichungen des amerikanischen Ackerbaudepartements über die San José-Schildlaus veranlassen hier eine amtliche Untersuchung der Obstsendungen aus Amerika. Professor Frank fand am 29. Januar auf Birnen, welche im Hamburger Freihafen eingetroffen waren, zahlreiche lebende vermehrungsfähige Schildläuse. Frank constatirte absolut die Identität derselben mit der San José-Schildlaus und erklärte, daß in Folge dessen der einheimische Obstbau durch den Import des Obstes in un-mittelbarer großer Gefahr sei. Das Reichsgesundheitsamt, das zu dieser Frage Stellung genommen, stimmte in allen Punkten dem Entschlusse bei, sofortige Maßregeln zur Abhilfe zu treffen.

Der „Reichsanzeiger“ schildert dann im Anschluß an die Publikation des Washingtoner Ackerbaudepartements die außerordentliche Gefährlichkeit der St. José-Schildlaus, sowie die Maßregeln, die amerikanische Staaten, besonders Oregon und Britisch-Columbien, diesbezüglich ergriffen haben und fährt dann fort:

„Es ist somit eine unabweisliche Pflicht der Regierung, den heimischen Obstbau vor der drohenden Verseuchungsgefahr wirksam zu schützen. Daher ist die Einfuhr lebender Pflanzen und frischer Pflanzenabfälle gänzlich, die Einfuhr von Obst und Obstabfällen unter der Voraussetzung verboten, daß bei der an der Eingangsstelle vorgenommenen Untersuchung der Sendung das Vorkommen der St. José-Schildlaus festgestellt wird.“ Der „Reichsanzeiger“ erweist an dem Beispiele der Neblaus die Gefahr der nicht rechtzeitig getroffenen Schutzmaßregeln, während der Colorado-Käfer rechtzeitig ferngehalten wurde. Das Blatt kündigt Anordnungen an, die im Inlande zur Bekämpfung der Schildlaus getroffen werden sollen, und hofft, daß es somit gelinge, den deutschen Obstbau, worauf die Existenzbedingungen weiterer Volkstheile beruhen, vor Gefahr zu beschützen.

Den nimmerjätten Agrariern geht die Regierungsmahnahme natürlich noch nicht weit genug. Man hätte, so schreibt die „Deutsche Tageszeitung“, die Einfuhr amerikanischer Obstes gänzlich verbieten sollen. — Natürlich, diese Vandalen müßten um jeden Preis einen Zollkrieg mit Amerika herbeiführen, um zum Nachtheil der deutschen Consumenten die Getreidepreise in die Höhe zu treiben.

### Revision des Vereinsrechts in Bayern.

Jetzt ist man auch in Bayern daran gegangen, das Verprechen des Reichstanzlers in den Einzelstaaten eine Beseitigung des Coalitionsverbots für politische Vereine vorzunehmen, zu erfüllen. Aus München schreibt man: Das Staatsministerium des Innern hat dem Landtage eine aus acht Paragraphen bestehende Vereinsgesetz-Novelle vorgelegt.

## Schubart und seine Zeitgenossen.

Historischer Roman von A. C. Brachvogel.

1321

(Nachdruck verboten.)

„D, daß doch die Erde diesen nichtsnutzigen, verpesteten Sadauer, diesen verfluchten, irrsinnigen Geiß, dies wüste, öde Herz verschlänge! Baur hat wohl gewarnt: Ein loser Hund ist ungesund, — nun ist das Neueste geschehen, und mein ganzes Leben wird an dieser elenden Narrenminute frammen!“ — Schubart meldete sich mehrere Tage krank und ging nicht aus. — Es geschah nichts wider ihn, er schöpfte Athem. Endlich eilte er zu Frau von Türckheim.

„Kommen Sie doch wieder, Sie Heimlicher?“ rief sie ihm erregt entgegen. „Hat Frau von Leutrum Ihre Zeit so ganz in Anspruch genommen, daß Ihre alten Freunde nichts mehr sind?“

„Sie sehen mich zu Ihren Füßen, Abhilfe zu leisten. Ich war unerbötlich beschäftigt und dann so unwohl, schöne Frau, daß meine Eitelkeit mir nicht gestattete, so devastirt vor Sie hinzutreten.“

„Si, keine Lügen, Bester! Sie gehen brillanterem Vortheil nach, als wir Ihnen bieten können, ach, der Egoismus ist das verächtlichste Laster! Nun was sagen Sie zu dieser himmlischen geheimen Hochzeit?“

„Geheimen Hochzeit?“

„D, stellen Sie sich doch nicht so! — Soll ich etwa glauben, daß Sie mit Franziska gegen uns intrigirt hätten? So etwas ist doch nicht klüner unter Leuten, die sich so nahe stehen, wie — wir Beide?“

„Ich versichere Sie bei Gott, ich verstehe von alledem keine Silbe!“

verkehrte, wüßten wirklich nicht, daß sich der Herzog, uns Allen zum Tode, mit ihr heimlich morganatisch vermählte?“

„Mit Karl vermählt?“ schrie Schubart außer sich. „Sie müssen seither im Monde gelebt haben, Lieber, sonst wüßten Sie es!“

„Aber auf Ehr' und Seligkeit, ich weiß nichts! Sehen Sie mir's auseinander, daß ich das Unglaubliche glaube!“

„Nun, wann waren Sie das letzte Mal bei ihr?“

„Vor — vor sechs Tagen etwa, Abends, zum Scenatenspiel!“ und Schubart ward bleich.

„Wo waren Sie seitdem?“

„Dahem und krank!“

„Gut, und den fünften Tag von heute, also am Morgen nach Ihrem letzten Besuch, war, wie man gewiß weiß, die Sache richtig. Vor drei Tagen zog Madame aus dem Hotel Leutrum zur Solitude, nachdem sie von Fischer aus Stuttgart heimlich getraut worden.“

„D dies falsche, hinterlistig gleichnerische Weib!“ rief Schubart bitter und schritt außer sich auf und ab.

Die Türckheim beobachtete ihn mit stummem Staunen. „Also finden Sie das nun auch? — Wurden Sie etwa von ihr irre geleitet? Haben Sie etwa Urjach, die liebe Emergaltina besonders falsch zu finden?“

„Kein, nein! — I, i Gott bewahre! Es — es kommt mir nur so überascht! — Hat diese Frau nicht mit der Legend, mit Delmann, Hofseligkeit und Sentiment ein Gewerbe getrieben, wie's nie ericht wurde, und Alles nur, um Karl's Ring am Finger zu tragen? Verdammnt sei sie!“

„Keine unnützen Manoeuvres, ich werde mir — hierüber meine Gedanken nicht nehmen lassen. Sie thun jedenfalls klug, sich nicht zu laut zu ärgern. — Gaha, das giebt wirklich eine seltsame Rechnung ab! Am Abend vor sechs Tagen sind Sie bei Franziska, am andern Morgen bis heute krank, während die tugendhafte Dame tout à coup denselben Morgen ihren Ehecontract unterzeichnet! Hahahaha, veritable! Es ist veritable!“

Schubart fühlte mit neuer Angst die Gefahr dieser Combination. — „Ich bitte Sie dringend, schöne Frau, nicht auf meine Kosten Dinge zu argumentiren, die, ich schwöre es Ihnen bei meinem Tode, nicht einen Schimmer von Wahrheit haben! Sie würden einen gänzlich schuldlosen Freund, der nie indiscret war, ruiniren, wenn Sie so vage Zufälligkeiten zu einem Factum gruppiren wollten, das erlogen ist!“

„Gut, o gut, man kann schweigen und des Factums Factum abwarten, Schubartchen. Da ich aber trotz Ihrer leichtfertigen Treulosigkeit Ihre Freundin bin, rathe ich Ihnen, die erste beste Gelegenheit zu ergreifen — Württemberg zu verlassen. Sie kennen seit Ihrem hierigen Serenissimus nur von der sanftern Seite, ich kenne ihn anders!“

„D, ich will's, helfen Sie mir nur daran; will gern diesem Lande der Intrigue den Rücken kehren!“

„Voilà! Wir wollen sehen, was sich thun läßt!“ —

Seitdem empfing Frau von Türckheim und das Haus Wimpfen Schubart nur mit Voracht und Mißthe. Er und das vermeinte Factum des Factums war ihnen denn doch unheimlich.

Der leichtsinnige Christian kam indes immer mehr von seiner Besorgnis zurück, da Niemand ihn ansetzt, die Heirath Franziska's erfüllt ihn aber mit unheimlichen Hoffnungen, denn er hatte sie mit romantischer Leidenschaft geliebt. — Der Adel ließ ihn fortan ab, — sollte Württemberg, trotzdem Kriegsliebt empfangen ihn, was ändigte eine Stunde nach der andern.

Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende: Volljährige Frauenpersonen dürfen an öffentlichen Versammlungen politischen Charakters teilnehmen, minderjährige bleiben ausgeschlossen. Volljährige Frauenpersonen wird ferner die Theilnahme an politischen Vereinen auf dem Gebiete der besonderen Berufs- und Standesinteressen, der Erziehung, des Unterrichts, der Armen- und Krankenpflege und dergleichen zugelassen. Politische Vereine dürfen mit anderen deutschen Vereinen in Verbindung treten. Das Ministerium kann auch ausnahmsweise eine Verbindung mit außerdeutschen Vereinen gestatten. Weitere Bestimmungen der Vorlage enthalten Erleichterungen bezüglich der Anmeldung und Erlaubniserteilung für Versammlungen, Strafmilderungen bei Übertretungen des Vereinsgesetzes und eine Ausdehnung der Ausnahmebestimmungen für Wahlversammlungen.

Gewiss ist, nach diesen kurzen Mittheilungen beurtheilt, daß mancherlei in der Vorlage nicht den Ansprüchen wirklicher Freiheit entspricht, immerhin aber ist ein Fortschritt unverkennbar. Endlich wird der Frau, der weiblichen Arbeiterin, das Recht, sich politisch und sachberuflich zu betheiligen, dessen sie so dringend zum Schutz und zur Förderung ihrer Interessen bedarf, zugesandt. Endlich wird das Verbot der Coalition mehrerer Vereine untereinander aufgehoben.

Durch diese letztere Bestimmung kommt die bayerische Regierung loyal der bekannten Zusage nach, welche der Reichskanzler im Namen der Regierung abgegeben hat.

Dieses Verhalten der bayerischen Regierung ist in den jetzigen Zeitläuften brutalster Reactionbestrebungen als erfreulich zu begrüßen. Thut die bayerische Regierung auch nur das Mindestmaß ihrer Schuldigkeit, folgt sie auch nur zögernd und überaus zurückhaltend den Ansprüchen des Fortschritts heischenden Rechtsbewusstseins, so ist ihr Thun doch höchstbillig, verglichen mit dem hartnäckigen, die Bevölkerung wieder und wieder schwer kränkelnden Gefahren anderer Bundesregierungen. In Preußen schiebt der Ministerpräsident Fürst Hohenlohe die Erfüllung des Versprechens, das er als Kanzler des Reiches gegeben, wieder und wieder hinaus. Die preussische Regierung will das Versprechen nicht erfüllen, ohne zugleich das Vereins- und Versammlungsrecht durch neue Reactionsparagraphen zu verunzieren. Und in Sachsen hebrängen die Conservativen der beiden Landtagskammern, welche in jenen Parlamenten von Selbstschneidungen unumhüllbar herrschen, die Regierung, daß sie die Rechte dem Volke nehme, welche jetzt in Bayern neu gewährt werden, daß sie insbesondere die Frauen aus den Versammlungen und Vereinen hinaussage, die in Bayern gerade aufgenommen werden sollen. Uebrigens — ein reizendes Bild von der „Einheit des Reiches“!

**Schutz vor Schulenten!**

Schutzmann Riefer ist freigesprochen! In dem Prozeß gegen den Criminalschutzmännchen Riefer hat das Landgericht Köln gegen das Urtheil verurtheilt. Es ist aufgeföhren, wie nach dem Gange der Verhandlungen zu erwarten war; der jüngere Beschuldigte wurde der vorläufigen und widerrechtlichen Freiheitsentziehung und Körperverletzung, sowie der öffentlichen Beleidigung nicht schuldig erkannt, und die königlich preussische Polizei kann nun aufatmen und fragen: Hatten wir nicht Recht, wenn wir sagten, der Riefer sei von unterm Standpunkt aus ein sehr tüchtiger, unächziger, nüchtern, väthlicher und gewissenhafter Beamter? Riefer hat zwar nach den unbestimmten, eblischen Zeugenaussagen ein gewisses Maß, das sich vor ihrer eigenen Schamung schüchtern, einer ungerathenen Stimmung Folge zu leisten, hin und her gezerrt, als die Wand gemorren, so daß sie niederfiel, und sie dann wieder in die Höhe gezerrt und beleibigt. Er hat als die Mutter der also gepeinigten Tochter ihn ansehn, doch ihr Kind loszulassen, dieses jedoch mit einem köpfigen Kopfen bestimmt, und dabei gestanden, wie diese Mutter von anderen Beweisen an die Wirt geacht und gewaltiam gerichtete wurde. Der Schutzmann hat also recht gehandelt, als er sich auf omeren Schritte eines solchen Eingriff in das heilige, was der Deutsche heilig hält, gestützt. Er hat in diesem Falle nichts gethan, als pflichtgemäß seines Amtes gewaltet, trotzdem die Beschaffung der Wilhelmine Hoffmeyer ausschließlich einer Polizei-Institution zu wider vorgenommen werden war. In jedem gerichtlichen Verfahren muß die Köhler Volkspolizei Einwirkung haben, aber der Haupttheil dieser Arbeit steht gewöhnlich bei und sagt: Wir kann immer. Und in der That, Riefer mußte freigesprochen werden. Er wird mit ihm nach dem Ausdruck des Gesetzes einschließen nicht beizubehalten war, und dann jagungen aus höheren, ethischen Motiven. Es war notwendig, an einem ganz besonders eklamatorischen Fall zu zeigen, was die Polizei sich in Sachen alles ungeprüft erlauben darf und wie sie das Recht der Bürger und die Bürgerin ihrer Klammern gegenüber ha-

ndelt. In diesem Sinne begrüßen wir die Freisprechung mit einer gewissen Genugthuung, in diesem Sinne erklären wir uns selbst mit dem Vertheidiger des Schutzmannes einverstanden, der den Geinge Erfolg für seinen Klienten in Anspruch nahm, und den sehr wahren Ausdruck hat, daß der Fall Riefer kaum ein solches Aufsehen erregt haben würde, wenn der Vater der mißhandelten Dame nicht zufällig in einer Stellung von gewissem Einflusse gewesen wäre. Wenn der Voletarier von Polizeibeamten gebudelte wird, kümmert es den Philister nicht weiter. Ihm muß zu Gemüthe geföhrt werden, daß er die Segnungen des Polizeistaates am eigenen Leibe zu spüren bekommen kann, ja daß selbst seine Frauen und Töchter unter Umständen ihrer Ehre und Freiheit nicht mehr sicher sind. Ist der ruhige, staatsstehende Bürger zu dieser Erkenntnis gekommen, dann ist die Köhler Volkspolizei mit der Freisprechung des pflichtgetreuen Criminalschutzmännchens nicht zu theuer erkauft.

In einem anderen Prozeß verurtheilte die Strafkammer einen Köhler Schutzmann wegen Mißhandlung im Amte sowie Verleitung zum Meineid zu einem Jahr einem Monat Kuchhaus sowie drei Jahren Ehrverlust und ordnete dessen sofortige Verhaftung an.

**Die Märzgefallenen** auf dem Friedhof im Friedrichshain zu Berlin kommen nicht zur Ruhe. Das vom Magistrat der Haupt- und Residenzstadt Berlin in feiger köpfiger Rücksichtnahme abgelehnte Denkmal steht noch immer im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Die Angelegenheit kam in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten noch einmal zur Sprache. Die Socialdemokratie hatte natürlich die Führung übernommen, das wurde auch von dem Führer der conservativen Fraction anerkannt. Die socialdemokratische Fraction hatte eine scharfe Protestresolution gegen den ablehnenden Beschluß des Magistrats beantragt. Sie wurde leider nicht einmüthig angenommen, sondern die Mehrheit der Versammlung hielt es für gut, für die Verathung eine Commission zu ernennen, von der dann jedenfalls eine mildere Fassung festgestellt werden wird. Das ist auch eine Schwachmüthigkeit, die bei der Berliner Stadtverordneten-Versammlung schon wiederholt zu beobachten gewesen ist. Ja, man kann sagen, wäre die Versammlung nicht früher oft schwachmüthig gewesen, der Magistrat hätte gar nicht gemagt, die ablehnende Stellung einzunehmen, die er thatsächlich eingenommen hatte. Der alte Hundsdieriger Dr. Sangerhans hielt zwar eine schöne Rede, aber sie war auch recht elegisch gehalten. Da man möchte ja glauben, er war von dem Gefühl beinflusst, daß die meisten seiner Parteigenossen zwar mitgestimmt haben für die Errichtung eines Denkmals, daß sie aber mit der ablehnenden Haltung des Magistrats im Innersten gar nicht unzufrieden gewesen sind. So sind einmal die freisinnigen Helben. Der Typus eines solchen Helben ist der Oberbürgermeister Jelle, der ja nicht nur der freisinnigen Partei angehört, sondern früher sogar Mitglied der alten Fortschrittspartei im Parlament war. Wie hat er sich gemauert, wie hat er das sich Drücken und Hüden gelernt. Gestern versuchte er nicht einmal eine Vertheidigung der Magistratsbehörde. Er sagte nur, der Magistrat hätte triftige Gründe bei dem Beschlusse gehabt. Man erwartet allgemein die Darlegung dieser Gründe. Aber Herr Jelle schnappte plötzlich in der Rede ab. Er hatte eben keine triftigen Gründe und daß es nur Gründe köpfiger Rücksicht sein mögen, wollte er gewiß nicht eingestehen. Genosse Singer hatte ihn zum Glück schon vorher den Standpunkt klar gemacht und der Deffentlichkeit ein schönes Bild von der Reichheit der Magistratsseelen gegeben. Die Rede mag vielleicht dem Oberbürgermeister ebenso in die Glieder geföhren sein, wie dem ehemaligen Oberbürgermeister die Rede, welche dieser bei Gelegenheit der Uebergabe des Schlossbrunnens in Berlin's Schloße zu hören bekommen hatte. So ändern sich die Zeiten. Herr Jelle wird sehr harte Worte von dieser Stelle nicht mehr zu fürchten brauchen. Das zeigt ihn gewiß mit der Thatfache aus, daß er in weitesten Kreisen der Berliner Bevölkerung nunmehr jegliches Vertrauen eingebüßt hat.

**Freies und Militärrechtreform.** Der „Rechts-Anzeiger“ schreibt: Der Vertreter der freisinnigen Volkspartei in der Reichstags-Commission für die Militärrechtreform, Abg. Lenzmann, beklagt sich sehr über einen Beschluß, das ruhig zu dulden seiner Partei nicht weniger als Ehre macht. Abg. Lenzmann kommt bei politischen Streitigkeiten zwischen Regierung und Gemeinwesenmitgliedern der Regierung, die eine Verbesserung

des Entwurfs zu verhindern bestrebt ist, weit entgegen. So ergriß er auch in der heutigen Sitzung wieder die Initiative um einen vernünftigen Antrag aus den Reihen des Centrum zu verschleppern. Daß durch eine derartige Haltung die Regierung nur noch ermutigt wird, möglichst wenige Concessionen an die Commission zu machen, liegt auf der Hand. Auch die Berliner „Volks-Zeitung“ wies schon auf die sonderbar „preiswürdige“ Haltung des Herrn Lenzmann hin und forderte die Partei deshalb auf, einzugreifen. Die freisinnige Volkspartei rührt sich aber nicht und läßt Herrn Lenzmann's gefährlich-politisch ruhig verfahren. Fährt die Partei so fort, so wird für die Mißthat tragen müssen, wenn eine völlig ungeeignete Militär-Strafordnung zu Stande kommt.

**Ein „parfamer“ Herr,** der Fürst von Fürstenberg, der reichste Großgrundbesitzer Süddeutschlands, ein österrreichischer Magnat, der nach dem Tode des bisherigen Grundherrn, des Reichstagsabgeordneten Fürsten von Fürstenberg, in den Besitz der Herrschaft kam, ist mit seiner Klage im Erbschaftssteuerprozeß kostenföhlig abgewiesen worden. Der glückliche Millionenerbe wollte seine Steuerpflicht (er hat für seine 300 Millionen-Erbschaft etwa 10 Procent Steuern zu entrichten) nicht erfüllen; Wel verpflichtet!

**Ausland.**

**Griechenland.** Der griechisch-türkische Krieg bewegte sich um die Frage, ob Prinz Georg von Griechenland Gouverneur von Kreta werden soll. Rußland war es damals, welches das Ganze angetrieben und am schroffsten gegen Griechenland auftrat. Nunmehr wird die Candidatur des Prinzen Georg von Rußland mit allem Hochdruck pouffirt. Diese scharfe Wendung scheint ein Widerspruch zu sein, sie ist aber nur die Consequenz der allgemeinen russischen Politik im europäischen Orient. Rußland verabsieht Griechenland, weil es in ihm einen Concurrenten um den Besitz Konstantinopels sah. Würde Griechenland vor einem Jahr sein Ziel erreicht haben, so würde das nicht nur einen unmittelbaren Gebietszuwachs bedeuten, sondern eine noch viel größere Erweiterung seiner Machtsphäre. Eine Begeisterung würde die gesamte zahllose und unternehmende, in jener Wäldereizung, archaische Bevölkerung erfassen und sie zum Zusammenbruch in dem Heimatland treiben. Das wollte nun Rußland vor allem verhindern. Die czarische Diplomatie hatte beabsichtigt in dieser Beziehung einen exorbitanten Erfolg. Griechenland erlitt eine gewaltige Niederlage, lud sich zu dem alten finanziellen Elend noch die Kriegskosten auf, wurde brutal gedemüthigt, und es hat noch jetzt die feindliche Armee in seinem Lande stehen. Vor allem aber sind ihm auf die Dauer die Bergpässe genommen, es ist von der Türkei in seinem eigenen Lande eingesperrt und außerdem noch sind seine Finanzen unter internationale Kontrolle gestellt, ihm also die Möglichkeit genommen, über die Geldmittel des Landes frei zu disponiren, was ja die erste Bedingung jeder Kriegsführung ist. Nachdem Griechenland so an Händen und Füßen gebunden, hört es auf, für Rußland ein irgend wie ernst in Betracht zu ziehender Gegner zu sein. Rußland hat sich Griechenland aus dem Wege geräumt. Das ist aber ein alter Grundsat der asiatischen Diplomatie: den Feind, den man nicht mehr zu fürchten braucht, sich zum Freunde zu gewinnen. Darum läßt jetzt Jäterchen seine Grandsonne über Griechenland schreien. Dabei wird aber noch ein besonderer Zweck verfolgt: Die Ernennung des Prinzen Georg zum Gouverneur von Kreta auf Andringen Rußlands giebt Rußland das Protectorat über die „autonome“ Insel. Ein solches Protectorat hat aber schon oft zur Occupation geführt. Jedenfalls wird der kretische Gouverneur von Jäterchens Gnaden den russischen Kriegsschiffen ab und zu die Unterfunst nicht verjagen können — sollten sie es bedürftigen, und das thun sie!

**Spanien.** In der Untersuchung betreffs der Fokierung der Anarchisten in Montjuich sind jetzt noch mehrere in Freiheit befindliche Personen durch eine besondere Arztecommission untersucht worden. Hierbei ist das Vorhandensein vernarbter Wunden, welche durch Daumschrauben und andere Folterwerkzeuge hervorgerufen wurden, endgültig festgestellt. Die Zeitungen verlangen eine exemplarische Bestrafung der Schuldigen und eine durchgreifende Reform des Gefängniswesens.

**England.** Das profitable Geschäft englischer „Patrioten“, den indischen Stämmen, welche gegen Englands Soldaten Krieg führen, die nöthigen Waffen und Munition zu liefern, ist gründlich verborben. Diese Wirkung hat die Beschlagnahme des Dampfers „Baluchian“ gehabt. Auf Weisung Londoner Kaufleute haben drei oder vier große Gewehrfabriken ihre Arbeit eingestellt. Wie dem Londoner „Globe“ aus Birmingham gedrahlet wird, giebt ein dortiger Waffenfabrikant zu, er habe in den letzten drei Jahren im Auftrage eines Londoner Hauses wöchentlich hundert Gewehre und 1000 kg Schießbedarf nach Persien geschickt. Sämmtliche Waffen waren nach dem neuesten System, kurzläufig als Karabiner für Reiterei bestimmt. Abwechselnd gingen die Sendungen nach London, Manchester oder Cardiff ab, um nicht die Aufmerksamkeit der Behörden zu erregen. Bisher hat diese eine Birminghamer Werkstätte schon über 10,000 Gewehre für Persien geliefert, und von jetzt an forderte der Londoner Händler sogar 2000 Stück jeden Monat.

**Amerika.** Gegen die Annexion Hawaii's durch die Vereinigten Staaten geben die Japaner jetzt den Widerstand auf. Zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und dem japanischen Gesandten ist ein Abkommen über die Rechte der Japaner auf Hawaii zu Stande gekommen. Danach sollen die Japaner auf Hawaii, wenn die Insel von den Vereinigten Staaten annektirt wird, auf dieselben Rechte Anspruch haben, wie die in den Vereinigten Staaten lebenden Japaner. Es heißt, durch dieses Abkommen werde der Widerstand Japans gegen die Annexion Hawaii's durch die Vereinigten Staaten besiegelt.

**Deutscher Reichstag.**

Die zweite Verathung des Post-Gesetzes wurde heute beim Titel Staatssecretär fortgesetzt. Genosse Singer leitete die Debatte ein. Er trug eine große Anzahl Beschwerden vor, die sich auf Mißstände in der Reichspostverwaltung bezogen und den Postverkehr, das Remunerationswesen, das Urlaubswesen, die Behandlung der Unterbeamten durch Vorgesetzte, die Beförderung der Mitglieder des Postbeamtenverbandes betrafen. Der neue Staatssecretär, der sich in die Nähe des Redner begeben hatte, machte dabei sehr fleißig Notizen und ging in seiner Erwiderung die Singer'schen Ausführungen Punkt für

Aus der Ambrosiaphäre des bella esprit kam er ins Bürgerhaus zurück, denn er von Gott und Nichts wegen angehöre, und Niemand blieb ihm fern, als Herr von Gemüthung und Graf Rattibus, die ihn aber immer erstler marieren, ihn zu verstehen geben, Barones von Centrum habe sich sehr unbillig über seine „Roussalance“ wie seinen bürgerlichen Bewand geäußert. So war auf seine Kameradschaften Dax, Deller und Sessans angewiesen, lernte er zu spät die trügerische Genuß der Großen, dies Spiel von Kriegeri und Schlägeri, dieje Sättnerwillerung verurtheilt, welche ihn mit jähigen Schimmer angelockt und vergiftet hatte. Seine Schütterung sein Gel und Hohn machte sich in den bereits hinführenden Compagnen in der „Kanne“ auf, kein hehres, ungerühmtes Beites erlobirte, und während er sich über Jähig's wiederholte Dringungen durch eine Parodie der Stimme hinweg schmeichelte er gegen Gerung von Cameradschaften ein Beispiel, in welchem er sich an ihm wegen der Streicherin und jähiger ein gekammter Hofadel richtete. Das Gebüß betretet mündig ein köpfiges Nachahmer, das Herr Gerung diesen Köhler begegnen war; bei einer Geze hatte er vor einem Ober an einer Baum stehen müssen. Schambar's übermüthige Verleugung brachte das in folgende Verse:

Es hat er einmal ein ebel Blut  
Soll köpfiger Köhler  
Ob's auch nicht hat, doch viel verstaht:  
Verstehen eine Klammere!  
Da schätzte er sich von ihr mehr,  
Schmer sie beim Gott der Klammere,  
Dag in den Zimmerlichen Raum  
Zum oßen Freigang mach!  
Der Gott des Jähig's nun schätzte ihr  
In nachgehenden Gemüth  
Sessans die Kraft, in jedes Jähig  
Kann Schambar sich zu vernehmen,  
Mit dem zu höher Nachahmer  
Das ebel Blut geschritten.

Dies Quat wurde gleich nach seiner Dichtungsgebur in diversen Mißgrüper vertheilt, und bei dem ungewöhnlichen Reiz der Reim, welche in Schamlosigkeit und Stutzigkeit ein Vampflin geübte, erregte es ein heuliche, denn aber köpfige Gemüth.

Nachdem Schambar so die Töchter und Anführer auf ein Publikum vertheilt, das den köpfigen Herr Gyller, jähig und nicht mehr zu verstehen, als Selbstverachtung, erklomm zu Gelern, pumel nicht bei der Gütern sehr krank gelern, und zu den Köhler sein als Seite und Schamlosigkeit wieder. Genosse Singer schämte sich, und Gelere, an Gungungung das Worter einer Gyller, kam mit den Köhler pumel. Doch je war gekocher, leiter und gekochter, je konnte die Stärke des Lebens kam nach tragen.

Das lange Schrammel, was beiden Gyller länglich erklomm, wurde ungerüßend gerüßet. Doch, genosies an Gyller's Jähigst verpöndel, war von Gyller nach Köhlingen als Nachahmer verpöndel und sagte der Jätercher Vernehm; als Gyller's ebel Freund, Schambar und Rattib, weit erklomm, Gung, an die Köhlerin verpöndel, konnte sich des Verleugner nicht erklomm.

(Schambar's Schrift)

Punkt durch; die Antwort fiel so erschöpfend aus, daß Singer sich jede weitere Erwiderung ersparen konnte. Sie sprach sehr zu ihrem Vortheil ab von den Erklärungen, die der Reichstag namentlich von dem früheren Unterstaatssecretär Fischer zu hören bekam. Sehr bemerkenswerth ist die Stellung des neuen Staatssecretärs zu dem Assistentenverbande. Er entwickelte da Ideen, die an ihrer Verständlichkeit dadurch nichts einbüßen, daß ihnen später der Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg Lob spendete. Den Mittelpunkt der Debatte bildete heute noch wie gestern die bevorstehende Postreform. Das Gehalt des Staatssecretärs wurde schließlich, wie beim Staatssecretär des Reichsjustizamt, nur in der bisherigen Höhe bewilligt.

32. Sitzung, Freitag, 4. Februar 1893. — 2 Uhr.

Die zweite Beratung des Reichshaushaltsplans wird fortgesetzt mit dem Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung. **Abg. Singer (Soz.):** Die Erhöhung der Gehälter der obersten Beamten und das Unterlassen einer Gehaltserhöhung für die unteren Beamten hat im Lande die höchste Unzufriedenheit erregt. Wir kommen darauf noch bei der Beratung unseres Antrages zurück, die Gehaltsaufbesserung durch den Reichstag selbstständig in den Etat einzusetzen zu lassen. — Das Entgegenkommen des Staatssecretärs in der Frage der Schließung der Postämter an Sonntagen nachmittags ist sehr erfreulich. Die Paketannahmestelle in der Spandauerstraße in Berlin muß notwendig erweitert werden; das ist vom Reichstag verlangt und eine Summe von 1,293,000 Mark für einen Erweiterungsbau bewilligt worden. Die Postverwaltung aber hat nur einige Häuser niederlegen und einen Bauzaun herumlegen lassen. Kein Spatenstich ist in der ganzen Zeit geschienen. Wozu soll jetzt Neues bewilligt werden, wenn man das früher Bewilligte noch nicht einmal ausgeführt hat. — Ein schwerer Uebelstand liegt bei der Auflockerung der Pakete darin, daß sie im letzten Moment an den Schalter gebracht werden. Dem Ausweg, daß niemand mehr als zwei Pakete aufgeben sollte, ist allerdings nicht für ausreichend, wohl aber wäre es äußerst wirksam, wenn man die Pakete früher geschlossen würde. Dann müssen sich die Gewächse einfach besser einrichten, das liegt nicht nur im Interesse der Unterbeamten, sondern auch der kaufmännischen Hilfsarbeiter. — Das Remunerationssystem bedarf einer gründlichen Regelung. Gerade die höheren und höchsten Beamten erhalten die höchsten Remunerationen. Dagegen werden die Unterbeamten mit lächerlich kleinen Summen bedacht. Der Schaden liegt eben im System, aber es trägt in sich die Keime der Corruption. In Frankreich herrscht das Prinzip, daß am meisten die Beamten bedacht werden, die die größte Familie zu ernähren haben. Wir halten es für unethisch, daß feste Grundzüge über die Remuneration aufgestellt werden. — Weshalb macht weiter das Reichsjustizamt den Unterschied bei den Urlaubsbewilligungen, daß die oberen Beamten ganz allgemein Urlaub erhalten, während die Unterbeamten ihn nur dann erhalten, wenn sie ihn besonders begründen können. Es fehlt an jeder einheitlicher Vorschrift, jedes Postamt handelt nach seinem Belieben. In Königsberg i. Pr. wird Briefträger, die sich gut bewährt haben, ein Urlaub auf sechs Tage bewilligt aber nur unter der Bedingung, daß der Staatskasse hieraus keine Kosten erwachsen. Diejenigen, die keinen Urlaub erhalten, müssen dann noch die Arbeiten für die anderen übernehmen, sie werden also doppelt bestraft. Andererseits wird Urlaub wieder sehr leicht bewilligt. So stellte ein General in Wilmersdorf an ein Postamt das Gesuchen, ihm seinen ehemaligen Briefträger, der als Postgehilfe beschäftigt war, zur Aufwartung bei einem Diner zu überlassen. Mit der größten Zuverlässigkeit wurde ihm dies gewährt. — In Bezug auf die Sonntagsruhe wird festgestellt, daß aber durchaus nicht der Fall zu sein. Wünschenswert wäre eine Maximalarbeitszeit für die Unterbeamten in der Woche. So beklagen sich besonders die Unterbeamten in Hannover bitter darüber, daß sie sich ihre freien Sonntage immer erst erarbeiten müssen durch Ueberstunden in der betriebsenden Woche. — Mißstände liegen auch in der Behandlung des Personals vor. Unsere Beschwerte über jenen oberen Postbeamten, der seine Angestellten dehnungsvoll mit Schimpfworten belegte, hat gar nichts genützt. Wir haben jetzt wieder gehört, daß er ruhig dieselben Namen anwendet. — Auch Mißregelungen finden nach wie vor statt, wie aus den Mittheilungen des Organs des Verbandes der Postgehilfen hervorgeht. So hat ein Postträger Mannich in Darmstadt den Mitgliedern des Verbandes eröffnet, daß sie sämtlich aus dem Verbandsauszutreten hätten. (Hört! Hört! links.) Dazu hat nach unserer Ansicht die Postverwaltung kein Recht. Von der Resonanzfähigkeit des Herrn Staatssecretärs ist also noch nicht viel zu merken. Will er sie erst bei der in Aussicht gestellten Personalreform vornehmen, so wird er ein dankbares Feld für seine Thätigkeit finden. (Bravo! bei dem Soz.)

**Staatssecretär v. Podbielski:** Ich will auf die Rede des Abg. Singer Punkt für Punkt eingehen: Der Schalterdienst an den Sonntagen soll auf den Mittag verlegt werden damit die Beamten einen freien Nachmittag haben; auch die Sonntags-Bestellung soll eingeschränkt werden. Bei der Postannahme sind in Folge des geringen Entgegenkommens der großen Geschäfte thatsächlich Uebelstände zu Tage getreten; ich habe ein Rundschreiben an die Postdirektoren erlassen, von dem ich eine gute Wirkung erwarte. Sollte diese ausbleiben, so wird der Außenbetrieb früher geschlossen werden. Was den Erweiterungsbau in der Spandauerstraße anlangt, so ist das Geld ausdrücklich zum Ankauf der Gelände bewilligt und verwendet worden. In Bezug auf das Remunerationssystem ist eine Neu-Regelung ohnehin bereits beschlossen, die seine feste Quelle des Mißbehagens hoffentlich beseitigen läßt. Ferner muß ich dem Abg. Singer sagen: Ein Recht auf Urlaub giebt es nicht, weder für Postdirektor, noch für Landbriefträger; der Betrieb darf nicht stillstehen. Natürlich wird eine wohlwollende Verwaltung das so viel für die Beamten thun, als möglich. Und ich hoffe, uns wird vieles möglich sein. Die Rekruten sind freilich die großen Stelvertretungskosten, die im letzten Jahre bis November bereits 87,000 Mark betragen. Uebrigens bezüglich der Beschwerte der hannoverschen Postgehilfen: die Löhne sind natürlich in verschiedenen Städten verschieden, aber es ist ausgeschlossen, daß die Postverwaltung als Soldatenerlöb auftritt. Herr Singer hat von der schlechten Behandlung des Personals gesprochen; Beschwerte kommen natürlich immer vor; sie werden aber auch geahndet; in dem angeführten Falle habe ich bereits Remedur einleiten lassen. Die Geschichte mit dem General liegt durchaus harmlos; der Postvorsteher wußte gar nicht, zu welchem Zweck der Beamte Urlaub haben wollte; zudem handelte es sich im Ganzen nur um eine halbe Stunde. Die Verfügung des Postrats Mannich billige ich nicht. So lange der Assistenten-Verband den Betrieb nicht führt — und das war bis jetzt nicht der Fall — mißgehe ich mich nicht ein. Mag er ein Warenhaus ruhig gründen; wir leben nur einmal im Reich der Vereinsmeierei. (Große Heiterkeit.) Ich hoffe, Herr Singer wird sich nun zufriedengestellt. (Beifall.)

**Abg. Leismann (freif. Volksp.):** Wir haben dem neuen Staatssecretär bisher volles Vertrauen entgegengebracht, aber seine erste That, die geplante Besetzung der Privatposten, hat uns sehr unangenehm gemacht. Der Abg. Gump behauptet, daß alles Material, das er durch die Privatpost erhält, minderwertig ist; er meint wohl Schriften für den Bimetallismus? (Heiterkeit); aber ist er denn sicher, daß er diese nicht auch durch die Reichspost erhält? (Heiterkeit.) Der Staatssecretär hat hoffentlich bessere Gründe; hoffentlich unterbreitet er den Gesandten möglichst richtig der öffentlichen Kritik. Die seit Jahren verlangten Reformen sind erst in kleinem Umfange durchgeführt; wir wünschen weitgehende Sonntagsruhe im Postverkehr, doch darf dabei nicht zu schematisch verfahren werden. Ferner hätte die Verwaltung gut daran, den Assistentenverband möglichst frei schalten und walten zu lassen. Auch auf dem Gebiete des Beamtenchums muß das Coöurationswesen sich frei ent-

fallen können. Hoffentlich wird durch die Postreform auch den Assistenten der Zugang zu den höheren Stellen nach Ablegung eines Examen eröffnet werden. Bei der Gehaltserhöhung der Unterbeamten können wir bloß auf dem Boden der Resolution Ueberoperieren; der vom Abg. Singer eingeschlagene Weg ist staatsrechtlich unmöglich. Herr v. Kardorff hat einmal gemeint, die Gehälter der Unterbeamten müßten sich nach dem Angebot regeln. Das ist ein ganz manchesterlicher Grundlag. Wie billig müßten wir, wenn darnach verfahren würde, Minister haben! (Heiterkeit, Beifall links.)

**Abg. Dr. v. Levetzow (cons.):** Das Gehalt unserer Staatssecretäre ist zu niedrig; die Herren kommen damit einfach nicht aus. Die Annahme des Antrages Lieber würde nur zur Folge haben, daß weder der Staatssecretär noch die Unterbeamten die Erhöhung des Gehalts erhalten. (Beifall rechts.)

**Abg. Eogens (Centr.)** (auf der Eröfne schwer verständlich) tritt für die Ausdehnung der Sonntagsruhe im Postbetriebe ein. Redner beschwert sich darüber, daß bei seinen Neben in der Presse immer nur sehe, er trete für die Sonntagsruhe ein, auch wenn er kein Wort davon gesagt habe.

**Staatssecretär v. Podbielski:** Wir sind dem Abgeordneten nirgends für seine beständigen Anregungen dankbar; auf einen Schlag ist freilich nicht Alles zu erreichen.

**Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antis.):** Wir sind sehr erfreut, daß nicht Herr Fischer den Posten des Staatssecretärs bekleidet, sondern Herr v. Podbielski; er hat bereits gezeigt, daß ihm seine militärische Laufbahn nicht gehindert hat, sein neues Amt mit vollem Verstandnis anzutreten. Die wohlwollende Behandlung der Unterbeamten ist ein großer Fortschritt gegen früher. Die Gewährleistung der Vereinsfreiheit, die in dem Verhalten dem Assistentenverband gegenüber zu Tage tritt, ist ein gutes Mittel gegen die Socialdemokratie. Redner regt die Anstellung jüdischer Briefträger an, die für jüdisches Geld an den Sonntagen den jüdischen Geschäftsleuten, die die Annahme von Sendungen am Sonntage bevorzugt, diesen zu stellen sollen. (Heiterkeit.) Die Zusage der neuen Sommerkleidung hat in Briefträgerkreise große Freude hervorgerufen, dagegen ist man von der Vermehrung des weiblichen Personals nicht so entzückt. Redner besorgt sich dann, daß eine mit antisemitischen Bildern besetzte Postkarte in Frankfurt nicht bestellt worden sei, weil sie eine Beleidigung enthalte. Das sei nicht der Fall gewesen.

**Staatssecretär v. Podbielski** erwidert darauf, daß sich gerade über diese Postkarte verschiedene Bürger beschwert hätten, deshalb sei die Postkarte von der Beschränkung ausgeschlossen worden.

**Abg. Schmidt-Frankfurt a. M. (Soz.)** erwidert den Staatssecretär im Falle der Verstaatlichung der Privatposten, die Angelegenheit dieser Anstalten mit zu übernehmen. Die Leute seien durchaus zuverlässig, auch wenn sie keine Militäranwärter sind. In Frankfurt a. M. seien bei den Privatposten nur dreizehn junge Leute von 14—16 Jahren beschäftigt worden seien. Herr Fischer habe das zwar im vorigen Jahr bestritten, es sei deshalb aber doch richtig. Redner bittet ferner den Staatssecretär, auch in Bezug auf die Disziplinirung Reformen einleiten zu lassen. Manche Vorgelegte behandelten die Untergebenen sehr schlecht, gingen sehr rigoros bei Krankheitsfällen gegen noch nicht fest angestellte Beamte vor. In einem Falle habe ein Beamter dem Untergebenen, der sich verheiratet hatte, mit Entlassung gedroht. Schließlich erwidert Redner den Staatssecretär, möglichst liberal in der Urlaubsertheilung verfahren zu lassen.

Die Discussion wird hierauf geschlossen. Das Gehalt des Staatssecretärs wird entgegen der Etatsforderung entsprechend dem Antrage der Budgetcommission nur in der bisherigen Höhe von 24,000 Mk. bewilligt. (Für die Erhöhung auf 30,000 Mk. stimmen nur die beiden conservativen Parteien.) Die Resolution betreffs des Pachtvertrages an Sonntagen wird angenommen.

Nachdem noch einige weitere Titel ohne Discussion genehmigt sind, wird ein Vertagungsantrag angenommen.

**Nächste Sitzung:** Sonnabend 2 Uhr. (Tagesordnung: 1. Handelsvertrag mit dem Ozeanfreistaat. 2. Gesetz betr. die Aufhebung der Beamtencautionen. 3. Gesetz betr. die anderweite Festsetzung des Beamten-Contingents. 4. Novelle zur Concursordnung.)

**Preussischer Landtag.**

Berlin, den 4. Februar.

Das Abgeordnetenhaus nahm heute den Justiz-Etat in Angriff. Es giebt kaum einen Gegenstand, worüber so viel und so Wichtiges gesagt werden kann, wie über preussische Rechtspflege. Vom Abgeordnetenhaus kann man aber in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung ein ernstliches Eingehen auf die Wünsche und Beschwerden der breiten Masse der Bevölkerung nicht erwarten. So verließ denn auch die heutige Debatte außerordentlich flüchtig. Der Minister Schönstedt mußte zwar beinahe ein Duzend Male das Wort ergreifen, aber es handelte sich immer um verhältnismäßig unbedeutende Dinge, auf die er zu antworten hatte. Selbst die freisinnigen hielten sich auffallend zurück. Zwar ergriff Herr Mundel das Wort, aber er beschränkte sich darauf, die Nichtanstellung eines Referendars zur Sprache zu bringen, der vom Justizdienst ausgetreten worden ist, weil er einen Vater mit dunkler Vergangenheit hat. Der Centrums-Abgeordnete Kirsch und Herr Nicker von der freisinnigen Vereinigung brachte den heitern Unterschied zur Sprache, der vor Gericht zwischen abeligen und bürgerlichen Angeklagten und Zeugen dadurch gemacht wird, daß nur den letzteren das Prädicat „Herr“ beigelegt wird. Der Justizminister gab die tröstliche Erklärung ab, daß diese Unterscheidung in der Anrede auf einer allerböchsten Instruction aus dem Jahre 1817 beruhe, ein Beweis dafür, daß wir, um chinesische Gebräuche kennen zu lernen, nicht erst nach Kiautschau zu segeln brauchen. Auch über die Frage wurde gesprochen, ob die Festung Weichselmünde wirklich das Sanatorium wäre, als welche sie Herr Webe nach seiner Flucht aus dieser Festung geschriebe hatte. Herr Schönstedt wußte hierüber nichts Bestimmtes; er überließ die Antwort einem Kollegen vom Kreise. Verschiedene Richter unter den Abgeordneten brachten ihren ergebensten Dank für die Rangeshöhung zum Ausdruck, die sie zum Allerhöchsten Geburtsstage erfahren hätten; der regende Titel „Staatsanwaltschaftsrath“ fand freilich nicht allseitigen Beifall. Im Uebrigen drehte sich die Debatte um die Einrichtungen, die der Staat treffen soll, um den Richtern das Eindringen in das neue Bürgerliche Gesetzbuch zu erleichtern. Herr Schönstedt sagte eine Reform des Gerichtskostenwesens zu, war aber aufrichtig genug, einzugehen, daß das gewichtigste Wort hierbei Herr Miquel, der Finanzminister, zu reden haben werde.

**Majestätsbeleidigungsprozesse.**

In Stettin wurde der Tischler Sauer von der Anklage wegen Majestätsbeleidigung, die er im Juni 1895 begangen haben soll, freigesprochen. — Aus Straßburg i. E. meldet man: Gegen den Chefredacteur Walter und den verantwortlichen Redacteur E. Schmidt der in Colmar erscheinenden „Elsass-Lothringischen Volkspartei“, die in Untersuchungshaft genommen wurden, wurde wegen eines zu Kaisers Geburtstage erschienenen Artikels Anklage wegen Majestätsbeleidigung erhoben. Derselbe wurde auf die beiden Geschäftsführer August Schmidt und Nojer angebeht. So sollen vier Personen wegen eines Artikels unter Anklage gestellt werden. Das Vorgehen erregt großes Aufsehen in Straßburg und Colmar.

**Die kommenden Reichstagswahlen.**

Ueber das bürgerliche Cartell in Braunschweig schreibt unser dortiges Parteiorgan: Im Ordnungsbrei gährt und

brodelt es und die verschiedensten Blasen steigen auf. Laum ist der Rentner und Schlichterungs-Vorsteher Reinecke als Reichstags-Candidat auf der Bildfläche erschienen, so zeigen sich schon wieder Abtrünnige, welche einen „augenscheinlich vorhandenen Mangel an geeigneten Friedenscandidaten“ constatiren und daher, wie es heute in einem aufrichtigen Inserat in der „Landeszeitg.“ geschieht, als einen neuen Candidaten der „vereinigten bürgerlichen Gruppen“ den Rentner Gustav Wagner präsentiren. Die Herstellung der Harmonie zwischen den verschiedenen „ordnungsliebenden Gruppen“ scheint doch nicht so leicht zu sein, wie diejenigen glauben, welche den Genossen Bloß am liebsten beim ersten Wahlgange zu Fall bringen möchten. In Frankfurt a. M. haben unsere Genossen den bisherigen Vertreter im Reichstage, Genossen Wilhelm Schmidt, wiederum als Candidaten aufgestellt. — (Ende der Rubrik Politische Rundschau.)

**Aus aller Welt.**

**Leuchtgasvergiftung.** Mit den modernen technischen Einrichtungen einer Berliner Küche war ein Dienstmädchen noch nicht recht vertraut, welches sich mit Leuchtgas vergiftet hat. Das Mädchen, welches erst zwei Tage in Berlin weilte, und vom Lande zugezogen war, kochte die Gasflamme aus und begab sich dann zur Ruhe. Am Morgen fand man die Unvorsichtige bewußtlos und es dauerte drei Stunden, bis die Wiederbelebungsbemühungen von einigem Erfolg gekrönt waren.

In Altona erkrankte dieser Tage ein Kieler Zahnarzt in einer Auction eine dem Scheine nach wenig werthvolle alte Pendule für den Preis von 25 Mark. Der Zahnarzt wollte die recht unsaubere Pendule bei einem Uhrmacher reinigen lassen; hierbei kam es zu mehreren angenehmen Ueberraschungen für den neuen Besitzer: Zunächst stellte sich heraus, daß die Uhr einen Goldwerth von über 600 Mark besaß, dann aber halle der Uhrmacher auf der Rückseite eine Widmung gefunden, die darauf schließen läßt, daß die Pendule ein Geschenk für Goethe gewesen, denn die eingravirte Inschrift lautete: „Dem Dichtersfürsten J. W. Goethe gewidmet.“ Es ist bisher noch völlig unaufgeklärt, wie die Pendule nach Altona und dort zur Versteigerung gelangte.

**Geiselnahme.** 3. Februar. Auf dem im Abteufen begrienen Weiterfacht „Unser Fritz“ brach beim Einbau von Zählbälgen eine große Wassermenge hervor. Ein Arbeiter und ein Sticker retteten sich. Der Oberfleiger Pinkertell wurde verhaftet und getödtet; seine Leiche ist noch nicht geborgen.

**Ehemann in Stiefverkleidung.** Ein frommes, ehbares Ehepaar in Gießen lebte seit Jahren schlecht und recht in seiner Art. Die Frau schloß Parterre und der Mann im ersten Stock des Hauses, von wo aus er seine Ehegatte von Zeit zu Zeit einen Besuch abstattete. Dies hatte sich ein lockerer Durche von zwanzig Jahren gemerkt und, den Ehemann markierend, die nichtabwendende Ehefrau im Dunkel in einem sehr lustigen Costüm beobachtet, bis eines Nachts der Ehemann seinen — Stellvertreter ermittelte und gefällig schickte. Es kam zur Anzeige und schließlich zur Verhaftung des heimlichen Ehemanns-Stellvertreters, der nun vor einigen Tagen wegen schweren Stillschleiersverbrechens zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurtheilt wurde. Jetzt sind zwei als Belastungszeugen vernommene Personen verhaftet worden.

In München wurde Mittwoch Nachts in der Kaserne des Leibregiments ein Hornist von einem Geheften nach einem Wortwechsel wegen eines Geldbetrages von 5 Pfennigen mit einem Messer erstochen.

**Abgefahrter Der „Magdeburger Zeitung“** wird aus Bogen gemeldet: Die Touristen Vogel und Grimm aus Schliersee verunglückten beim Verjuche, den Orlter zu besteigen. Sie wurden mit errostenen Beinen nach Trafof gebracht.

**Staatsbetrug.** Das Marineministerium entdeckte, daß das Haus Boucley, sein Kadelliferant, ihm seit Jahren völlig werthlose Schiffstau liefert. Eine gestern in der Fabrik vorgenommene Untersuchung ergab, daß die Belastungsprobe mit Weichholzböden vorgenommen wurde, die einen Stahlblechmantel trugen, um schwere Metallgewichte vorzulassen und daß die Seele der Taut, die vorchriftsmäßig aus Stahl sein sollte, aus gefärbter Pflanzenfaser besthe. Boucley wurde verhaftet.

Bei einem Eisenbahnzusammenstoß zwischen einem Personen- und einem Güterzug wurden am Freitag Vormittag auf der Glasgower- und South-Western-Eisenbahn bei Troon neun Reisende getödtet und mehrere verletzt.

In Kabilin, Gouvernament Moskau, stürzte ein dreißigköpfiges Gebäude, früher Regimentstafelne, ein und begrub 21 Menschen unter den Trümmern; 7 andere Personen sind schwer verletzt.

Auf dem Dampfer „Fürst Bismarck“ wurden dem amerikanischen Fräulein Heuerlauf während der Ueberfahrt von New-York nach Neapel 40,000 Mark gestohlen. Der Dieb wurde nicht entdeckt. Während derselben Ueberfahrt erschloß ein spanischer Passagier einen Kellner, mit dem er in Streit gerathen war.

**Gerichtliches.**

Das Landgericht in Stettin verurtheilte den Domänenpächter Dudy aus Hofmann zu 10 Mk. Geldstrafe, weil er einen unserer Parteigenossen, der auf der Rückkehr von einer Agitationstour den Dudy'schen Hof berührt hatte, um den Fußweg nach dem Dorfe Selow einzuführen, ohne alle Ursache Körperlich mißhandelt hat. Zwei andere Angeklagte, der Landwirth Courab und der Hausinspector Reizke aus Hofmann, die gemeinsam mit Dudy der vorstehenden Körperverletzung angeklagt waren, wurden freigesprochen. Das Gericht hat anscheinend ein sehr mildes Urtheil gefällt; für einen Domänenpächter sind 10 Mk. Geldstrafe keine Strafe die ihn abhalten könnte, sich das nächste Mal wieder an Leuten zu vergreifen, deren politische Ansichten ihm nicht passen. Wie erg unsern Parteigenossen mitgetheilt worden sein muß, läßt sich daraus entnehmen, daß der Hauptthäter — der vierte Angeklagte — aus Furcht vor der Strafe nach Afrika ausgewandert ist. Interessant an dem Prozeß ist noch, daß der Staatsanwalt die Erhebung der Anklage zuerst abgelehnt hat, weil die Beschuldigten leugneten und weil die Zeugen an der Sache interessiert seien. Erst als beim Oberstaatsanwalt Beschwerde geführt worden war, wurde das Verfahren eröffnet.

**Neueste Nachrichten.**

Berlin, 5. Februar. Bei der geplanten Abänderung der bisherigen Bestimmungen über die Sonntagsruhe soll es sich, dem „Pol. N.“ zufolge, nur noch um eine Revision politischer Verfügungen handeln.

Köln, 5. Februar. Der Vertreter des Nebenklägers im Prozeß Kiefer hat gegen das freisprechende Erkenntniß Berufung eingelegt. Dem Kläger Jagbinder gingen aus zahlreichen Städten Aufforderungen zu, die Sache energisch durchzuführen.

Wien, 5. Februar. Wie von unterrichteter Seite verlautet, wurde in dem gestern Abend abgehaltenen Ministerrath beschlossen, den Reichsrath bereits am 21. oder 22. d. Mt. einzuberufen.

Kopenhagen, 4. Februar. Unter den Arbeitern, welche mit der Abkang der Kohlenkiffe beschäftigt sind, ist ein Streik ausgebrochen, der allgemein zu werden droht.

Washington, 4. Februar. Im heutigen Cabinetstath erklärte der Cabinetsecretär für Ackerbau, es sei ungewisshaft und bekannt, daß Diktanden sich übertragen und auf entfernte Punkte verpflanzen werden könnten. Das Vorgehen Deutschlands dürfte daher angemessen sein und Deutschland sei offendar in seinem Recht gewesen. Weder Mac Kinley noch irgend einer der Minister seien geneigt, ein Urtheil in der Sache abzugeben, bevor endgültige Informationen eingetroffen seien.

Behuts **Inventur** bleiben unsere Waarenhäuser wie folgt

# == Geschlossen! ==

**Ring 32: Donnerstag, den 10. Febr.**  
**Ohlauerstr. 68: Freitag, „ 11. „**

Wir unterstellen von Sonnabend, den 5., bis Mittwoch, den 9. Februar, in einzelnen Abtheilungen grosse Waarenposten einem Verkauf zu herabgesetzten Preisen.

## Waarenhaus Gebr. Barasch.

**Stadttheater. Oriskrankenkasse der Klempner zu Breslau.**  
Sonnabend: Nachmittags 3 1/2 Uhr: „Marie Stuart“.  
Abends 7 1/2 Uhr: Gastspiel der Frau Nella Fiera „Das Weibchen am Herd“.  
Darauf: „Der Dorfbarbier“.  
Sonntag: Nachmittags 3 1/2 Uhr: Der Trompeter von Säckingen.  
Abends 7 1/2 Uhr: „Die Hugonotten“.

**Lobetheater.**  
Sonnabend: „Im weissen Röhl“.  
Sonntag: Nachmittags 3 1/2 Uhr: „Hans Hudebein“.  
Abends 7 1/2 Uhr: „Im weissen Röhl“.

**Thalia-Theater.**  
Sonntag: „Die Zauberlehre“.

**Geschäfts-Eröffnung!**  
Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß ich hier selbst ein **Cigaretten-, Cigaretten-, Rauch-, Fein- und Schnupftabak-Geschäft** eröffnet habe und empfehle dasselbe einer geneigten Beachtung.  
3061  
**Johann Kühnel,**  
Friedrich-Wilhelmstr. 31.

Der Einheitsnachtrag betreffend die Genehmigung des Krankengeldes auch an den Sonntagen hat die Genehmigung der höheren Aufsichtsbehörde erhalten, und wird vom 1. Februar 1898 ab in Kraft.  
3095  
**Der Vorstand.**

**„Etablissement „Tivoli“**  
Neudorf-Strasse.  
Sonnabend, den 19. Februar 1898:

**Grosser Masken-Ball**  
Breslauer hum. Orchester-Cirkei (f. l. l.)  
Eintrittskarten: Herren 75 Pf., Damen 40 Pf.  
In der Kasse: Herren 1.00 Mk., Damen 50 Pf. 3084

**Ohlau! Arbeiterverein. Ohlau!**  
Sonnabend, den 12. Februar, Abends 8 Uhr, in Saal im „weissen Hof“:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 1. a) Empfangen der Beiträge von 12 Mitgliedern neuer Mitglieder. b) Rechnungslegung. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Bericht über den wöchentlichen Lagerbestand. 4. Bericht über den wöchentlichen Lagerbestand.  
Gleichzeitig werden hiermit die Mitglieder ersucht, ihre Beiträge zu begleichen.  
Der Vorstand.

**Getreide-Kornbranntwein**  
niedrigste Qualität, liefert einen reinen Spiritus an dem sich ein grosser Gewinn erzielt.  
Die **Kampfbrauerei** von **Robert Schumm**  
Schreitziger-Strasse 29 (Gut Jürg-Strasse.)

**Achtung! Öffentl. Versammlung**  
aller Maler, Lackierer u. Aufstreicher Breslau's  
Sonntag, den 6. Februar 1898, Vorm. 11 Uhr  
in Neumann's Lokal (früher Pilsch), Gartenstrasse 79.  
Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung des Gehilfen-Ausschusses, den neuen Lohnvertrag betreffend. 2. Diskussion und definitive Entschliessung zum Lohnvertrag. 3. Ueber Arbeitsnachweis. 4. Verschiedenes.  
Collegen! Versäume Niemand die Versammlung zu besuchen.  
3092  
**Der Vorstand.**  
Eintree 10 Pfg.

**Wassermühlen**  
malack. Eisenblech kasten u. porzellan Trichter  
100 mm Kastenbreite . . . 1.35  
114 . . . 1.60  
126 mm Kastenbreite . . . 1.40  
144 . . . 1.60  
**Erbsbüchsen,** runde lackirt, stark gearbeitet für 2 4 6 8 Pfd.  
1.50 1.60 1.80 1.90  
**Sollinger Tischbestecke** per Duz. Pr. aufgeschliffene braune 3.- Mark da. schwarze 3.75 Mark  
mit Balance: 3077  
geschliffene . . . . . 4.-  
bessere . . . . . 6.50  
gute mit Messüberband 8.-  
Krischke-Edelstahl Duz. 1.75  
da. Edelstahl, 0.80  
**Horz & Ehrlich**  
Breslau.  
Probieren gratis und franco.

**Wasserschuh**  
Geg. Einzahlung 5. Herrschaftsbesitzer 1. Medaillon u. Stempel für 50 Pf., 10 Med. 4 Pf., 1 Fortem. u. Stempel 3 Pf. u. 1. 1.50 Pf. an, sowie Monogr. (Schablonen) g. gef. 1. neuer  
Bayer Holzschuhe, Glases empfiehlt **M. Hübsch, Griesau,** Ostermarkt 98. Gde. Ring. Stempel- und Schablonenfabrik. Käufer frei.  
**Unerbilligste Bezugsquelle** in Herren-, Damen- und Kinder-Schuhen.  
Herren-Stiefel . von 5.50 Mk. an  
Herren-Spitzstiefel von 7.- Mk. an  
Damenstiefel . von 5.- Mk. an  
Sussstiefel . von 6.50 Mk. an  
sowie Lang-, Füll- und Gummischuhe zu denkbar billigsten Preisen empfiehlt  
2978  
**August Breuer,**  
Nicolaistrasse 18/19.

**J. Kaluza**  
Schuhmachermstr.  
Dirschstr. 17,  
empfiehlt sein großes Lager von **Schuhwaaren** für Herren, Damen und Kinder in großer Auswahl zu billigsten Preisen.  
Seine

**Bestehende Schmiedebrücke**  
befindet sich jetzt nur 303  
erstes Viertel vom Ringe vis-à-vis von Raschkow  
Täglich Eingang v. Konstit.  
**M. Tichauer.**

**Bereins-Kalender.**  
Sonnabend, den 6. Februar  
Zwischen der Strohh- und Pflanzarbeiter und Arbeiterinnen. Beginn und Schlussabend Abends von 8-10 Uhr im Vereinslokal „rotten Löwen“, Kupferstrasse 21  
Verband der in Sachhinderer in der Arbeiterinnen Beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen Beschäftigten (Böhme-Breslau) Bestanden mit Aufnahme neuer Mitglieder im Gut Birpel, Markt-Strasse Nr. 16.  
Arbeitsnachweis bei Georg Jessi, Sonnenstr. 10, I. Stellenangelegenheiten 1-14 Uhr und Abends 7-8 Uhr.  
Herberge „Juni Tugend“ Rosenstr. 2.  
Freie Hilfsvereinsvereine. Beginn und Schluss am Sonntag den 6. Februar Nachmittags 5 Uhr. Eröffnung: Frau Tichauer.

# Volks-Versammlung

Sonntag, den 12. Februar, Vormittags 11 Uhr  
im „Tivoli“, Neudorfstrasse.  
Tages-Ordnung: „Die neuesten Angriffe auf die höchsten Rechte des Volkes“. Referent: Reichstagsabgeordneter **Fr. Tutzauer.** Freie Diskussion.  
Eintree 10 Pfg.  
Frauen sind eingeladen.  
**Der Einberufer.**

Arbeiterbewegung.

Arbeitersecretariat München. In Sachen der Errichtung eines Arbeitersecretariats haben die Münchener Gewerkschaften beschlossen, die Genossen Mühlbauer-München und Limm-Beilin als Secreäre zu engagieren. Es hatten sich 60 Bewerber gemeldet. Eine neu gewählte achtgliedrige Ausschusscommission wird dafür sorgen, daß die Errichtung des Secretariats baldigt erfolgen kann. Die Vertreter zweier Kellner-Vereinigungen, des deutschen Kellnerbundes und des Genfer Verbandes der Gasthofsgehilfen, werden am Sonnabend im Reichsamt des Innern empfangen, um die Wünsche der Kellner in Bezug auf die gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse zu unterbreiten. Es ist das bereits die zweite Deputation, die von den genannten Vereinigungen an die Regierung abgeandt wird, um diese an das von Herrn von Berlesch bereits 1890 gegebene Besprechen, das dahin ging, für die Angestellten im Gastwirthsgewerbe ein Specialgesetz einzubringen, zu erinnern. Wenn die Gastwirthsgehilfen der Erfüllung ihrer Wünsche jetzt auch näher kommen sollten, so geschieht das gewiß mehr auf Drängen des Reichstages als durch die Initiative des jetzigen Staatssecretärs Posadowski, dem bekanntlich die „polizeiliche Reglementierung“ überall da zuwider ist, wo sie zu Gunsten der Arbeiter Anwendung finden soll.

Der Verband der Handels-Hilfsarbeiter veranstaltet in allen größeren Städten eine Statistik über die Bestimmungen der Sonntagsruhe. Man beabsichtigt dann an der Hand dieses Materials für eine einheitliche Regelung der Sonntagsruhe beim Bundesrathe und Reichstag vorzulegen zu werden.

Die Aussperrung der Maurer und Zimmerer in Puyric hat an Umfang zugenommen. In der vergangenen Woche waren es 111 Häuser, von 73 bezogen, welche von der Ausschussung betroffen sind. Die Unternehmer haben bisher jede Verhandlung mit der Organisation abgelehnt.

In der Stahlfabrik von Bod u. Fischer in Warbach haben sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt, weil die Firma verlor, durch Einführung eines sogenannten Tageszettels die bisherigen Lohnbedingungen zu verschlechtern.

Metallarbeiter. In der Leipziger Eisenindustrie, Firma Th. u. W. Freytag, sind Differenzen ausgebrochen. — Bei der Firma Niemann in Chemnitz sind 41 Klemmer in Streik getreten. — In der Metallgießerei der Firma Schudert u. Co. in Nürnberg sind wegen Accordabzügen und schlechter Behandlung seitens der Vorarbeiter mit den Formern Differenzen ausgebrochen. — 35 Metallarbeiter der Portland-Cementfabrik in Heimen haben wegen Maßregelung einiger Verbandsmitglieder die Arbeit eingestellt.

Ein allgemeiner Ausstand der Gypser ist in Kaiserlautern ausgebrochen. Die Arbeiter verlangen erhöhten Accordlohn und zehnstündige Arbeitszeit.

Die Maßregelungen organisirter Textilarbeiter in der Zwaidauer Actenweberei dauern fort. Diese Woche ist wieder mehreren Spinnern und Andrehern gekündigt worden.

Die englischen Maschinenbauer dürften, wie die „Daily Chronicle“ mittheilt, bald sammtlich wieder untergebracht sein. Am Clyde werden in einigen Betrieben bereits Nachschichten eingerichtet. Weniger schnell werden die ungelerten Arbeiter, die durch den Kampf in Wütlichkeit gezogen waren, wieder Arbeit erhalten.

Locales.

Breslau, den 5. Februar 1898.

Die neuesten Angriffe auf die höchsten Rechte des Volkes

lauter das Thema, das Reichstagsabgeordneter Franz Tugauer in einer am Sonntag, den 13. Februar, Vormittags 11 Uhr tagenden Volksversammlung im „Tivoli“ (Neuborsirstraße) behandeln wird. Eintrittskarten à 10 Pf. sind zu haben bei: G. May, Neuborsirstraße 72 I., R. Fabian, Gräbchenstraße 86 III., R. Burgund, Vincenzstraße 8 III., Expedition der „Volkswacht“, Neue Braupenstraße 5/6, sowie an der Kasse des Versammlungs-Local's.

Arbeiter! Genossen! Wirkt für einen regen Besuch dieser wichtigen Versammlung!

Für gesellige Vereine, die da meinen, in ihren Sitzungen nicht an die Polizeistunde gebunden zu sein, ist ein Urtheil von großem Interesse. Zwei Scatclubs, ein Billardverein und ein Gesangverein zeigten innerhalb einer Woche dem Amtsvorsteher von Neu-Weißensee an, daß sie an bestimmten Wochentagen bei der Gastwirthin Frenz, Königs-Gasse 41, ihre Sitzungen abhalten würden. Zugleich reichten sie ihre Statuten ein. Die Statuten der Scatclubs und des Billardvereins enthalten nur wenige Bestimmungen, deren hauptsächlichste bei allen ist, daß sie die Pflege der Geselligkeit bezwecken. Der Gesangverein „Fibele Geister“ dagegen hat ein längeres Statut. Er will den Gesang pflegen unter Leitung eines Gesangslehrers, sein Statut sieht auch Generalversammlungen vor und die Mitglieder müssen wöchentlich 30 Pf. Beitrag zahlen.

Zum Januar 1897 erließ nun der Amtsvorsteher an die vier Vereine und an die Frenz'schen Eheleute eine Verfügung, worin er die Sitzungen der Vereine für öffentliche erklärt, die an die Polizeistunde gebunden seien. Ihre Organisation sei eine so lose, der Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft an so geringe Voraussetzungen geknüpft, daß man nicht sagen könne, die Mitglieder bildeten einen geschlossenen, in sich abgegrenzten Kreis von innerlich mit einander verbundenen Personen. Der Amtsvorsteher machte außerdem geltend, es müsse angenommen werden, daß die Vereine nur zu dem Zwecke gegründet worden seien, der Heberhebung der Polizeistunde vor sich zu leisten. Die Polizeistunde für das Local war kurz vorher von 12 auf 10 Uhr herabgesetzt worden. Die Frenz'schen Eheleute, sowie R. Kopf als Vertreter des Scatclubs „Grüner Junge“ und H. Köhne als Vertreter des Gesangvereins „Fibele Geister“ legten beim Landrathe vergeblich Beschwerde ein. Der Regierungspräsident wies ihre weiteren Eingaben ebenfalls ab, worauf die Beschwerdeführer beim Oberverwaltungsgericht die Klage einreichten. Im Laufe des Verfahrens gab der Regierungspräsident einen gemialen Einsall zum Besten. Er erklärte nämlich: „Die Vereine haben sich nur gebildet, um unter der Vorpiegelung, sie wollten die Geselligkeit durch Billard- und Kartenspiele zu pflegen, den Zweck zu verfolgen, nach Eintritt der Polizeistunde im Frenz'schen Local social-demokratische Bestrebungen zu fördern.“

In der Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht stellte der Vertreter der Kläger fest, daß der Gesangverein

„Fibele Geister“ schon Jahre lang bestesse. Der Senat unter dem Vorsitz des Präsidenten Persius erklärte jedoch die Klagen im vollen Umfange für unbegründet. In der Publikation heißt es u. A., nur geschlossene Gesellschaften seien an die Polizeistunde nicht gebunden. Den Nachweis, daß das Local der Frau Frenz zeitweilig den Charakter der Öffentlichkeit verloren habe, weil geschlossene Gesellschaften darin tagten, hätten die Kläger führen müssen. Er sei aber von ihnen nicht erbracht worden. Weber die Statuten noch die tatsächliche Uebung sprächen dafür, daß es sich um geschlossene Gesellschaften handele. Vor Allem habe man nicht nachgewiesen und nicht einmal behauptet, daß bei der Aufnahme der Mitglieder eine besondere Prüfung stattfinde (!) und daß durch die Ausnahme persönliche Beziehungen entstehen. Zum Mindesten sei aber nicht die Behauptung widerlegt worden, daß keine geschlossenen Gesellschaften in dem Local tagen wollten.

Enquete über Kinderarbeit. Auf Veranlassung des Reichslandgerichtes werden jetzt in allen Schulen Erhebungen angestellt über außerhalb der Fabriken stattfindende gewerbliche Kinderarbeit. Als gewerblich thätig sind alle Kinder zu zählen, die eine auf Erwerb gerichtete Thätigkeit ausüben, auch dann, wenn sie keine Bezahlung für die geleisteten Dienste erhalten und in keinem Vertragsverhältnis zu einem Gewerbetreibenden stehen, sondern nur ihren Angehörigen bei der Arbeit helfen. Ausgenommen sind Landwirthschaft, Gärtnerei und Genußdienst, z. B. Aufsichtung und Kinder mädchen. Außer dem Namen und Alter muß in die Listen eingetragen werden, in welchem Gewerbezweige ein Kind thätig ist, die Art der gewerblichen Arbeit, die Lage und Dauer der Arbeitszeit, die rechtliche Natur des Arbeitsverhältnisses und die Höhe des wöchentlichen Verdienstes.

Ueber Postkuriosa schreibt die „Schles. Volksztg.“: Am 26. Januar war von Breslau aus ein Postnachnahmebrief an einen Adressaten zur Zeit in unmittelbarer Nähe von Neustadt O. geschickt worden. Nach Ausweis des Poststempels war der Brief noch an demselben Tage in N. eingegangen, aber doch erst am 28. a. u. g. h. d. i. g. t. worden; er hatte also zwei Nächte und einen ganzen Tag unbesorgt auf dem Postamte gelegen. Noch wunderlicher erging es demselben Adressaten mit einer Postanweisung, welche aus L. Kreis Rybnik, am 26. Januar nach Neustadt O. zur Postbeförderung aufgegeben worden war. Als er am 28. Vormittags von N. abreiste, war sie ihm noch nicht ausgehändigt. Sie wurde ihm nun nach W., Kreis Oppeln, nachgeschickt. Dasselbe erzählte ihm der Briefträger zwar am 1. Februar (also drei Tage später), daß eine Postanweisung für ihn, Adressaten, eingetroffen sei, aber nicht ausgezahlt werden könne, weil auf der Post kein Geld sei. Da von einer (höchstens) angebotenen Leihsumme das Posthilfsbureau keinen Gebrauch machen wollte, so wurde die Postanweisung glücklich am 3. Februar, also am neunten Tage nach ihrer Einlieferung, ausgezahlt. Eine derartige Geschwindigkeit ist allerdings keine Hexerei. In neun Tagen wäre ein Landbote bequem zwei Mal den Weg hin- und zurückgegangen, ein Dampfer braucht nicht einmal so viel Zeit, um von Hamburg nach Amerika zu kommen. Man denkt hierbei unwillkürlich an die Melodie und den Text des schönen Liedes: „Nimmer langsam voran“.

Die Einführung von Volksvorstellungen im Sinne der Berliner Freien Volkshöhe wurde dieser Tage von den Stadtverordneten Erzurum gelegentlich der Erneuerung des Theatercontract's beschlossen. Als Entree ist ein Einheitspreis von 40 Pf. festgesetzt. Die Plätze werden ausgelost. Die neue Einrichtung ist im Interesse der unermittelten Theaterbesucher mit Freuden zu begrüßen und es wäre zu wünschen, daß die anderen Städte dem Beispiele folgen.

Zur Entwicklung des Verkehrswezens in Breslau wird gemeldet, daß die Verträge mit den Directionen der Breslauer Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft, der F. W. icken Straßenbahn und der Kleinbahn-Gesellschaft Breslau-Ordnitz-Prausnitz nunmehr fertig gestellt sind und bereits im Druck vorliegen. Dieselben werden zunächst der Commission zur Begutachtung vorgelegt, welche zur Verathung dieser Angelegenheit seiner Zeit gewählt worden ist.

Ueber den Stand und die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Breslau im Jahre 1897 wird der Oberbürgermeister in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, Donnerstag, den 10. d. Mts. Bericht erstatten, außerdem wird der Etat für 1898/99 zur Generaldiscussio n gestellt werden.

Das Oberbergamt Breslau warnt durch Anschlag in den Zechenbauen die Bergarbeiter in Oberschlesien und Niederschlesien, sich nach dem rheinisch-westfälischen Bergbaugesetz zur Erlangung von Arbeit zu begeben. — Reber sagt die Werbung nicht, welche Gründe das Oberbergamt für seine Warnung anführt.

Straßenpflasterungen. Auf Grund des vorjährigen Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung sollen in diesem Jahre gepflastert werden und zwar 1. mit Granitsteinen IV. Klasse auf Schotter: a) die Hirschstraße von Ufer bis Paulstraße (veranschlagt auf 17,000 M.), b) die Meißnerstraße von Adalbert bis Hirschstraße (20,000 M.), c) die Grünstraße von Tauentzien bis Hirschstraße (35,000 M.), d) der Königplatz von Nicolai bezw. Neufeststraße bis Stadtgraben (33,300 M.), e) die Berliner Chaussee im Anschluß an die im Jahre 1897 ausgeführte Pflasterung bis an die Provinzial-Gasse (100,000 M.), f) der Schmiedniederstadtgraben vom Berlinerplatz bis Graupenstraße (82,500 M.), g) die Gohlfirstraße von Moritz bis Auguststraße (62,500 M.); 2. mit Stampfspland auf Beton: h) die Ursulinerstraße von Schmiedbrücke bis Schatzbrücke (6000 M.), i) die Paradiesstraße in ihrem nicht asphaltirten Theile (38,000 M.). Es müssen also zur Umplasterung bezw. Neupflasterung von Straßen 397,500 M. angewendet werden. Außerdem beanprucht die Unterhaltung der gepflasterten und ungepflasterten Straßen einschließlich Verlegen von Bordsteinen die Summe von 170,000 M. Zur Unterhaltung der im Stadtbezirk befindlichen Hauptstraßen, Landstraßen und des Scheiniger Baches sind 60,000 M. vorgesehen. Endlich sollen zur Depollierung öffentlicher Straßen, deren Fußwege mindestens eine Breite von 6 bis 8 Meter haben, 3000 M. der Promenaden-Verwaltung zur Disposition gestellt werden.

Die Maler, Lackirer und Anstreicher Breslaus werden darauf aufmerksam gemacht, daß Sonntag, den 6. Februar, Vormittags 11 Uhr, in Neumann's Local (früher Pilsch), Gartenstraße 79, eine öffentliche Versammlung stattfinden, in welcher der neue Lohnarif für Verhandlung steht. Angesichts der überaus wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Collegen, in der Versammlung bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Der Breslauer Hum. Orchester-Chef (D. D. B.) veranstaltet Sonnabend, den 19. Februar im Etablissement „Aboli“ einen Maskenball, der durch sein Arrangement (ein farbenreicher, elektrisch erleuchteter Masken-Umzug mit mehreren charakteristischen Gruppen) geeignet ist, allen Theilnehmern ein paar überaus humorvolle Stunden zu bereiten.

Städtischer Arbeitsnachweis. Im städtischen Arbeitsnachweise, Breitestraße 35, melden sich Arbeitnehmer aller Berufszweige. Die Arbeitgeber werden hierauf aufmerksam gemacht und ersucht, sich bei Bedarf von Arbeitskräften an den städtischen Arbeitsnachweis zu wenden. Die Frequenz im Monat Januar 1898 stellt sich wie folgt: A. Männer: Angeborene Arbeitskräfte: 977. Zu besetzende Stellen: 382. Befetzte Stellen: 338 und zwar: 314 ungelernete Arbeiter (einschl. Kaufmännischer, Arbeitsburschen, Haushälter, Kutsher), 21 Handwerker, 3 Krankenwärter. — B. Frauen: Angeborene Arbeitskräfte 319. Zu besetzende Stellen: 267. Befetzte Stellen: 220 und zwar: 70 Arbeits-, Wäsche- und Scheuerfrauen, 110 Heblungen, 27 Dienst- und Kinder mädchen, 9 Köchinnen, 1 Stöße der Hausfrau, 1 Krankenträgerin, 1 Verkäuferin, 1 Schneiderin.

Glimmererwerbungen im Februar. Venus und Mars bleiben heute für das unbewaffnete Auge unsichtbar, da sie etwa gleichzeitig mit der Sonne auf- und untergehen. Die Sichtbarkeit des Jupiter, der sich im Sternbild der Jungfrau befindet, nimmt mehr und mehr zu; er wird am Anfange des Monats um 10 Uhr Abends, gegen Ende schon um 8 Uhr Abends am Nüchtern aufgehen. Auch die Dauer der Sichtbarkeit des Saturn nimmt zu; er wird gegen Ende des Monats nahezu vier Stunden vor Sonnenaufgang am Südosthimmel zu beobachten sein. Voll- und Neumond findet statt am 8. und 20.

Ein Stück Alt-Breslau wird wieder vom Erdboden verschwinden. Der frühere Großbäckergang, im Volksmund unter dem trivialen Namen „Rudeltopf“ bekannt, die angrenzende frühere Fischeerei und die einstige Filiale der Glisfabrikerinnen — am botanischen Garten belegen —, sind vom Fiskus für Unverfallszwecke angekauft worden und gelangen demnächst zum Abbruch.

Die Maul- und Klauenseuche ist unter den Hünern des Dominiums Wasserjentsch, Kreis Breslau, ausgebrochen und sind deshalb die üblichen Spermaeregeln erlassen worden.

Wagladfälle — Arbeiterverletzungen. Ein Knacht stürzte von einer Dreifachmaschine herab und erlitt einen Bruch des rechten Oberarmes. Er fand im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder Aufnahme; daselbst suchten Hilfe nach ein Arbeiter, der durch eine Kreislage schwere Schnittwunden am linken Handgelenk erlitten hatte, ein Pfleger, dem das rechte Glied des Daumens der linken Hand beim Wagenrangiren zerquetscht worden war, ein Knabe, der so heftig an eine Thür angeknallt war, daß er einen Bruch des rechten Daumens erlitten hatte und ein Schloffer, der sich an einer Maschine schwere Verletzungen der linken Hand zugezogen hatte.

Selbstmord. Donnerstags Abend erschlug sich ein Mann in einem Saale auf der Schulstraße. — Am selben Tage wurde in einem Fabrikeller der Flurstraße ein Arbeiter erhängt aufgefunden.

Gewerbegericht. Kellnerinnenelend entfaltete eine gewerbliche Streitsache, aber welche in der letzten Sitzung des Gewerbegerichts verhandelt wurde. Ein Fräulein Paul, die beim Restaurateur Wilmann, Leubannum 48, vom October v. J. bis zum 23. December in Beschäftigung stand, klagt gegen ihren früheren Arbeitgeber auf Zahlung eines Lohnes von 12 Mark für zwei Monate. Gegenüber dieser Forderung behauptete der Beklagte, daß ein bestimmter Monatslohn zwischen ihm und der Klägerin nicht verabredet worden sei; er hätte sie nur gegen freie Station und „Tanteme“ engagirt. Indem Fräulein Paul dies zugab, verbreitete sie sich gleichgültig etwas näher über die „Tanteme“, welche sich nämlich nicht richtete nach dem gesamteten Umsatz an Bier u., sondern lediglich bestimmt war von den Getränken, Bier, Wein u., die dem Mädchen seitens der Gäste geschent worden waren. Auf diese Weise erzielte die Kellnerin eine durchschnittliche tägliche Einnahme von 1.50 M. Es ist nun noch zu bemerken, daß Beklagter Restaurateur seinerseits gegen die Klägerin schließlich einen Entschädigungsanspruch deswegen geltend machte, weil sie am 23. December ihre Arbeit ohne Aufkündigung verlassen hat; er verlangt von Fräulein Paul nach §. 124 b der Gewerbeordnung für eine Woche den Betrag des ordentlichen Tageslohnes. Die Sache wurde vertagt und kommt also noch einmal vor des Gewerbegerichts, wenn es der noble Herr Restaurateur nicht vorzieht, sich mit seiner früheren Kellnerin anzulassen zu einigen.

Beim Unterschreiben von Schriftstücken müssen die Arbeiter recht vorsichtig sein, wenn sie sich nicht selbst schädigen wollen. Daß dies nicht immer der Fall ist, zeigte die Streitsache des Küchenmädchens Herrmann gegen die Besitzerin des Hotel „Monopol“. Die Klägerin soll die Arbeit unbefugter Weise verlassen und damit ihre sofortige Entlassung herbeigeführt haben. Die das Mädchen erklärte, handelt es sich um die Einladung zu einer Hochzeit, welcher sie aber erst folgt, nachdem sie eine G-Laubnig hierzu dem Küchenchef eingeholt hatte, welche ihr von der „Fest“ als durchaus genlegend bezeichnet worden war. Als sich das Mädchen wieder zur Arbeit meldete, wurde es vom Director entlassen. Das Gewerbegericht würde nun der Klägerin die verlangte Entschädigung für sieben Tage zugesprochen haben, wenn sie eben nicht bei ihrer Entlassung einen Zettel unterschrieben hätte, wonach sie auf jede weiteren Ansprüche verzichtet. Unter solchen Umständen war es noch das Verhängnis, daß das Mädchen seine Klage zurückzog, wodurch ihr wenigstens die Tragung der Kosten erspart bleibt.

Schlesien.

Kriegs-, 3. Februar. Betriebsberöffnung. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat genehmigt, daß auf der vollenstigen Nebenbahnlinie Gloggnitz — Stronow — Rosenthal — Kobylitz, nicht aber auf deren Nebenstrecken, der Personenverkehr am 5. der Güterverkehr am 10. Februar aufgenommen werde.

Brieg, 1. Februar. Unglücksfall. Auf dem Aufwärtensbau verunglückte am 29. Januar der Maurer Heijog durch Abhängen, indem er sich schwere innere und äußere Verletzungen zuzog. Heijog und Scholz waren damit beschäftigt, im 2. Stockwerk einen 3 Meter langen Träger auszuwechseln, wobei sich der vor Scholz gehaltene Strick vom Träger löste und der Maurer Heijog 6 Meter in die Tiefe und zwar auf einen 2 Quadratmeter großen Bodenstiel geschleudert wurde. Ob der Unfall durch strenge Befolgung der baupolizeilichen Vorschriften hätte vermieden werden können, wird wohl die eingehaltene Untersuchung ergeben.

Brieg, 2. Februar. Die Erziehungswahlen zum Gewerbegericht sind am letzten Montag unter 100 wähliger Theilnahme der Arbeiter vollzogen worden. Die abgegebenen 105 Stimmzettel trugen sämtlich die Namen unterer Candidaten. Die Wahl der Arbeitgebersmitglieder erfolgte auch einstimmig, nämlich von ganzen 4 eingetragenen Wählern läßt einer ein Obermeister sein Wahlrecht aus. — In den Arbeiter schon dadurch, daß jeder sich in die Wahlliste erst einzutragen lassen muß, die Wahlmänner, die Wahllisten erst einzutragen, so sind nach dem Willen der hiesigen Behörde Einrichtungen getroffen worden, die, wie wir bestimmt wissen, zahlreichen Arbeitern die Ausübung des Wahlrechts einwandfrei ermöglicht haben. So wurden in den ersten Tagen der 14 tagigen Wahlperiode die von der Behörde zur Verfügung gestellten Wahllokalen an einzelne Arbeiter je nach Wunsch in beliebiger Zahl voranstrahlt. Hiedurch liegt es, daß ein Fremder wählbar, muß sich ein solches voranstrahlen lassen. Warum wohl? Daß irgend Jemand mit den formalen Bedingungen trüben konnte, ist doch wohl ein wenig ungeschicklich. Warum: das für die Anmeldung bestimmte Bureau war in der Zeit von 12—1 Uhr

